

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Mittwoch, 21. Juli 2010 14:18
An: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE
Betreff: Breites Unverständnis zu den Aussagen von Staatssekretärin Marek über Gelder für den Ausbau der Kinderbetreuung

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Breites Unverständnis zu den Aussagen von Staatssekretärin Marek:
„Bundesmittel für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen nicht
fix – Marek will noch kein „frisches Geld“ versprechen

ÜBERSICHT

[BUNDESMITTEL FÜR AUSBAU DER KINDERBETREUUNG NICHT FIX](#)

[Anstoßfinanzierung läuft 2010 aus - Marek will noch kein "frisches Geld" versprechen - Keine positiven Signale der Länder für Bundesstandards](#)

["Riesenschübe" im letzten Jahr](#)

[AK: AUSBAU DER KINDERBETREUUNGSPLÄTZE MUSS KOMMEN](#)

[HEINISCH-HOSEK: FINANZIERUNG DER KINDERBETREUUNG MUSS GESICHERT BLEIBEN](#)

[MIKL-LEITNER VERSTEHT AKTUELLE AUSSAGE VON STAATSEKRETÄRIN MAREK NICHT: FINANZIELLE MITTEL FÜR DIE SCHAFFUNG VON KINDERBETREUUNGSPLÄTZEN VOLL AUSGESCHÖPFT](#)

[VASSILAKOU ZU KINDERBETREUUNG: MAREK LÄSST ELTERN IM REGEN STEHEN](#)

[IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.
Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Bundesmittel für Ausbau der Kinderbetreuung nicht fix

Anstoßfinanzierung läuft 2010 aus - Marek will noch kein "frisches Geld" versprechen - Keine positiven Signale der Länder für Bundesstandards

Wien - Die Fortsetzung der Anstoßfinanzierung des Bundes über 15 Mio. Euro pro Jahr für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze über 2010 hinaus ist noch nicht fix. Familienstaatssekretärin Christine Marek (ÖVP) will abwarten, ob die Länder die Mittel entsprechend abrechnen und dann weitersehen, erklärte sie im Interview mit der APA, "frisches Geld" will sie derzeit nicht ankündigen. Für bundeseinheitliche Standards bei der Kinderbetreuung gebe es weiters keine positiven Signale aus den Ländern, kritisierte Marek.

Der 15a-Vereinbarung über den Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung (mit Schwerpunkt der Unter-Dreijährigen) zufolge stellt der Bund den Ländern für die Jahre 2008 bis 2010 jährlich 15 Mio. Euro zur Verfügung, die von den Ländern mit jährlich 20 Mio. Euro kofinanziert werden. Vor kurzem sind im Ministerium die Abrechnungen aller Länder für die Jahre 2008 und 2009 eingelangt, sie werden derzeit geprüft. Für die Abrechnung 2010 haben die Länder noch bis zur Jahresmitte 2011 Zeit - Marek will sich die Entwicklung anschauen und dann überlegen, wie es mit der Förderung weiter geht. Sie fände es "fatal", schon "frisches Geld" anzukündigen, wenn noch nicht alles abgerechnet sei.

"Riesenschübe" im letzten Jahr

Die Betreuungsquote der Unter-Dreijährigen liegt bei 15,8 Prozent, die EU-Zielvorgabe würde 33 Prozent für das Jahr 2010 vorsehen - "da sind wir noch weit weg", gestand Marek ein, man sei aber auf einem "guten Weg", in den vergangenen Jahren seien "Riesenschübe" zu verzeichnen. Abgesehen von der Anstoßfinanzierung gebe es bis 2013 auch noch jährlich 70 Mio. für das Gratis-Kindergartenjahr, betonte Marek, und hier sei mit den Ländern vereinbart, dass sie jene Mittel, die sie nicht brauchen, in Kinderbetreuungsangebote für 0- bis 15-Jährige investieren. Grundsätzlich erlebe sie die Länder als "sehr engagiert", auch der Druck vonseiten der Eltern steige deutlich, "das macht mir Mut".

Weniger lobende Worte für die Bundesländer findet Marek bei einem anderen Thema: Im Jänner hatte sie sich für einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder ab drei Jahren und bundeseinheitliche Standards ausgesprochen - die Signale aus den Ländern seien "null positiv", kritisierte die Staatssekretärin nun. Die Länder seien momentan auf einer "Wir-san-wir-und-ihr-alle-anderen-seid's-mir-wurscht"-Position. Allein bei den Kommentaren zum geplanten bundeseinheitlichen Jugendschutz aus den westlichen Bundesländern und ihren dortigen Kolleginnen (und ÖVP-Landesrätinnen, Anm.) wie "das muss Landessache bleiben und aus" dränge sich ihr immer die Frage auf: "Warum?" Bisher habe ihr das niemand beantworten können, so Marek. "'Weil's so ist' als Antwort ist für mich keine politische Kategorie." (APA)

<http://derstandard.at/1277338582661/Bundesmittel-fuer-Ausbau-der->

[Kinderbetreuung-nicht-fix](#)

AK: Ausbau der Kinderbetreuungsplätze muss kommen

AK Präsident Herbert Tumpel irritiert über Aussagen der Familienstaatssekretärin: Aufstockung der Bundesmittel im NAP Gleichstellung festgehalten.

Wien (OTS) - "Der Ausbau der Kinderbetreuung wurde im Nationalen Aktionsplan Gleichstellung zum zentralen Ziel erklärt. Ebenso ist darin festgehalten, dass der Bund dafür finanzielle Mittel bereit stellt", zeigt sich AK Präsident Herbert Tumpel irritiert über die Aussagen der Familienministerin, wonach die Anstoßfinanzierung für den Aus-bau der Kinderbetreuungsplätze über 2010 hinaus noch nicht fix sei. Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze ist eine zentrale Maßnahme, um die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz zu gewährleisten: "Die Sozialpartner und die Industriellenvereinigung sind sich sowohl darüber einig, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht, als auch darüber, dass Bund und Länder die nötigen Finanzmittel bereitstellen", erklärt Tumpel und erinnert an die Ankündigung, die Plätze in den nächsten drei Jahren durch eine Umschichtung von Budgetmitteln zu finanzieren. "In Zeiten knapper Mittel ist es besonders wichtig, dass bei Investitionen der Fokus auf Zukunftsbereiche gelegt wird", betont Tumpel.

Im internationalen Vergleich gibt Österreich viel Geld für Familienförderung aus, aber diese ist viel zu wenig auf eine ausreichende Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung ausgerichtet. Diese ist aber zentral, um das Ziel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern zu erreichen - und um zu verhindern, dass Kinder eine Barriere bei der Beschäftigung von Frauen sind. Von zentraler Bedeutung sind auch qualitative Aspekte, von der Kleinkindbetreuung bis hin zur Betreuung von Schulkindern.

Die AK fordert daher:

- + Klare Anreize des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuung.
- + Ein flächendeckendes Angebot qualitativer, professioneller und bedarfsgerechter (v.a. hinsichtlich der Öffnungszeiten) Kinderbetreuung für alle Altersgruppen.
- + Die Beseitigung der Kostenbarrieren in der Kinderbetreuung, die die Frauenerwerbstätigkeit und Frühförderung der Kinder behindern.

Rückfragehinweis:

AK Wien Kommunikation

Sonja Fercher

Tel.: +43-1 501 65-2153 - Mobil: (+43-) 664 84 54 229

<mailto:sonja.fercher@akwien.at>

<http://wien.arbeiterkammer.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/26/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER

Heinisch-Hosek: Finanzierung der Kinderbetreuung muss gesichert bleiben

Es wäre ein völlig falsches Signal, jetzt den Geldhahn zuzudrehen

Wien (OTS) - "17.000 neue Kinderbetreuungsplätze und 6000 neue Jobs wären ohne die Ko-Finanzierung des Bundes nicht gelungen. Damit haben wir den Ausbau beschleunigt und in Europa endlich Boden gut gemacht", sagte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek in Reaktion auf die heutigen Aussagen von Staatssekretärin Marek. Auch wenn manche Bundesländer das verfügbare Geld wegen Engpässen bei der Ausbildung der PädagogInnen und wegen baulicher Engpässe noch nicht zur Gänze verwendet hätten, sei sie dafür, die Anstoßfinanzierung bis zum Ende der Legislaturperiode fortzusetzen.

"Es wäre ein völlig falsches Signal, jetzt den Geldhahn zuzudrehen", so die Frauenministerin weiter. Es sei wirtschaftspolitisch falsch, denn in kaum einem anderen Bereich entstünden so viele neue Jobs. Und je mehr Plätze entstehen, desto mehr Frauen würden am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, so Heinisch-Hosek weiter. Es sei überdies auch gesellschaftspolitisch falsch, die Finanzierung der Kinderbetreuung einzustellen, "denn wir müssen alles dafür tun, damit Beruf und Familie gut miteinander zu vereinbaren sind - für Frauen und für Männern", sagte die Ministerin.

"Leider können wir derzeit nur jedem sechsten Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz anbieten", so Heinisch-Hosek. Beim Ausbau der Kinderbetreuung wisse sie die Sozialpartner, die Industriellenvereinigung und die Bundesländer als Bündnispartner hinter sich. Damit die Anstoßfinanzierung weitergeführt werden könne, ohne frisches Geld in die Hand nehmen zu müssen, habe sie einen WIFO-Vorschlag aufgegriffen. Man könnte den Alleinverdienerabsetzbetrag für Eltern, die keine Kinder (mehr) betreuen, streichen und das Geld statt dessen in die Kinderbetreuung investieren. Härtefälle müssten selbstverständlich ausgenommen werden. Laut Berechnungen des WIFO könnten so 60 Millionen Euro lukriert werden. "Das wäre genau jenes Geld, das wir für den Ausbau der Betreuungsplätze bis zum Ende der Legislaturperiode brauchen", erläuterte Heinisch-Hosek.

Weiters machte Heinisch-Hosek deutlich, dass es nicht einzusehen sei, wieso Eltern in Vorarlberg andere Bedingungen bei der Kinderbetreuung vorfinden als Eltern im Burgenland. Jedem Kind sollten gleiche Bedingungen und Fördermöglichkeiten in ganz Österreich zur Verfügung gestellt werden, daher setze sie sich für die Einführung von bundeseinheitlichen Mindeststandards in der Kinderbetreuung ein. Denn etwa bei der Frage, wie lange die Kinderbetreuungseinrichtungen jedes Jahr geschlossen sind, seien die Eltern je nach Bundesland mit sehr unterschiedlichen Bedingungen konfrontiert. Eltern in Vorarlberg

müssen über zehn Wochen (50,9 Tage) mit geschlossenen Kindergärten zurecht kommen, während in Wien die Kinderbetreuungseinrichtungen weniger als zwei Wochen im Jahr geschlossen sind (7,8 Tage), sagte die Ministerin abschließend.

Rückfragehinweis:

Pressesprecherin der Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Mag. Dagmar Strobel

Tel.: (01) 531 15 - 2149

<mailto:dagmar.strobel@bka.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/56/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Mikl-Leitner versteht aktuelle Aussage von Staatssekretärin Marek nicht: Finanzielle Mittel für die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen voll ausgeschöpft

Bildungsplan ist Grundlage für einheitliche Bildungsstandards

St. Pölten (OTS/NÖI) - Nach Aussagen von Staatssekretärin Marek zu den Bundesmitteln für den Ausbau der Kinderbetreuung informiert VP-Landesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner, dass alle finanziellen Mittel für die Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsplätzen vom Bund abgeholt und effizient in Niederösterreich eingesetzt wurden. "Alleine in die NÖ Kindergartenoffensive hat Niederösterreich insgesamt 270 Millionen Euro investiert und 12.000 zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen, damit auch alle 2,5-Jährigen Platz finden. Damit haben wir es geschafft, die Lücke zwischen dem Auslaufen des Kinderbetreuungsgeldes und dem bisherigen Eintritt des Kindes in den Kindergarten mit 3 Jahren, zu schließen. Zudem wird laufend in die Tagesmütteraktion sowie in die Kinderstube für unsere Kleinen und Kleinsten investiert. Damit erreichen wir auch bei der Kinderbetreuungsquote der unter 3-Jährigen über 33 Prozent, das Barcelona-Ziel wurde sogar übertroffen", so Familienlandesrätin Mag. Johanna Mikl-Leitner.

Aus diesem Grund versteht Mikl-Leitner die aktuelle Aussage von Staatssekretärin Marek nicht. Ein positives Signal haben nämlich die Länder mit dem Bildungsplan gesetzt. So konnte auf Initiative der Länder ein umfassender Bildungsplan für den Kindergarten umgesetzt werden. Der österreichweit geltende Bildungsplan liefert die pädagogischen Standards und ist als einheitliche Grundlage ausreichend und in NÖ bereits zur Anwendung kommt.

"Gerade heute, wo rund 75 Prozent aller Frauen in Niederösterreich berufstätig sind, ist es wichtig, im Bereich der Kinderbetreuung Schritt zu halten, um den Familien eine optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleisten zu können", weiß die Landesrätin. Um

Schritt halten zu können bedarf es auch in den nächsten Jahren weitere Investitionen seitens der Gemeinden, der Länder und des Bundes. Den Geldhahn hier von Seiten des Bundes abzdrehen, versteht sie als völlig falsches Signal.

Rückfragehinweis:
Volkspartei Niederösterreich
Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 02742/9020 DW 141
www.vpnoe.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/167/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Vassilakou zu Kinderbetreuung: Marek lässt Eltern im Regen stehen

"Marek setzt weiteren Ausbau der Kinderbetreuung aufs Spiel"

Wien (OTS) - "Die Versprechen von Familienstaatssekretärin Christine Marek sind offenbar nichts als heiße Luft", so die stellvertretende Bundessprecherin der Grünen, Maria Vassilakou, anlässlich des heutigen Zurückruderns von Marek bei der weiteren Finanzierung der Kinderbetreuung. "Die Verlängerung der 15a-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuung muss über das Jahr 2010 hinaus sichergestellt werden, sonst kommt der Ausbau zum Erliegen. Die Bemühungen um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie dürfen nicht leere Versprechen bleiben", so Vassilakou. "Marek braucht nicht die Ergebnisse der Studie zur Kinderbetreuung in Österreich im Herbst abwarten, sondern soll die Finanzierung sofort garantieren", fordert Vassilakou. Erst gestern habe Marek im APA-Interview den Weiterbestand des beitragsfreien Kindergartens in Wien versprochen, heute will sie keine Gelder für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung stellen. "Marek verspricht als Spitzenkandidatin der ÖVP etwas, was sie als Familien-Staatssekretärin nicht halten kann. Sie wird damit zusehends unglaubwürdig. Wer beim Familien- und Bildungsbereich spart, spart am falschen Platz", so Vassilakou abschließend.

Rückfragehinweis:
Pressereferat, Tel.: (+43-1) 4000 - 81814, presse.wien@gruene.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/101/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.